

PRESSEMITTEILUNG

Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin begrüßt Abstimmungsergebnis im Bundestag: **Suizidprävention stärken & Debatte Suizidassistenz dringend weiterführen!**

06.07.2023 | Die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin begrüßt die heutigen Beschlüsse im Deutschen Bundestag sowohl zur gesetzlichen Verankerung der Suizidprävention wie auch zur Ablehnung der beiden Gesetzesentwürfe zur Suizidassistenz außerordentlich. „Denn wir hielten es nicht für den geeigneten Weg, die Inanspruchnahme von Hilfe beim Suizid mittels dieser erst sehr knapp vor der heutigen Entscheidung veröffentlichten bzw. überarbeiteten Gesetzentwürfe zu regeln.“ betont die *Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, Prof. Dr. Claudia Bausewein*. „Es gab kaum Gelegenheit, sich fachlich differenziert damit auseinanderzusetzen.“

Die wissenschaftliche Fachgesellschaft mit bald 6.500 Mitgliedern hatte ihre Kritik an den kurzfristig zur Abstimmung vorgelegten Gesetzesentwürfen wiederholt und ausführlich zum Ausdruck gebracht. Doch gilt laut Bausewein weiterhin: „Die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin stellt ihre Expertise hinsichtlich des Umgangs mit Sterbewünschen von lebensbegrenzend erkrankten Menschen auch als Gesprächspartnerin der Politik zur Verfügung.“ Aus Sicht der Fachgesellschaft ist dieses Angebot in der Entwicklung der heute abgelehnten Gesetzesentwürfe zu wenig genutzt worden.

„Ein assistierter Suizid sollte die große Ausnahme bleiben.“ ergänzt *DGP-Vizepräsident Dr. Bernd Oliver Maier*: „Jeder Mensch, der seinem Leben ein Ende setzen möchte, hat nach unserem Verständnis Anspruch auf ein echtes Gegenüber, das ihm in diesem existentiellen Entscheidungsprozess zur Seite steht.“ Entsprechend zeigt sich die DGP erleichtert über den nun angestoßenen Ausbau eines flächendeckenden Netzwerks der Suizidprävention. Das ergebnisoffene, wiederholte und qualifizierte Gesprächsangebot sei grundlegend auch in der Palliativversorgung.

Die Entscheidung im Bundestag zeige deutlich, dass die gesellschaftliche Diskussion dringend weitergeführt werden muss, erklärt Claudia Bausewein. Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser, Hospize und viele weitere Einrichtungen, in denen schwerkranke Menschen leben, werden sich weiterhin intensiv damit auseinandersetzen müssen, wie sie damit umgehen, wenn in ihrem Haus jemand so nicht mehr weiterleben möchte.

Die *DGP-Präsidentin* hebt abschließend hervor: „Es ist unser aller Verantwortung, Menschen mit Suizidwünschen nicht alleine zu lassen, sondern ihnen - auch im Rahmen von Informations- und Aufklärungskampagnen - Optionen zur Linderung ihres Leids nahezubringen.“

KONTAKT: Karin Dlubis-Mertens, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, redaktion@palliativmedizin.de
www.palliativmedizin.de